

Nationale Konferenz zur Religionsarbeit

Am 22./23. April 2016 hielt die zentrale Führung Chinas die lange erwartete Nationale Konferenz zur Religionsarbeit (*zongjiao gongzuo* 宗教工作) ab, d.h. zur Religionspolitik von Partei und Staat. Präsident Xi Jinping legte seine Sicht der Religionsfrage erstmals ausführlich in einer ausschließlich diesem Thema gewidmeten Rede dar. Die staatlichen Medien veröffentlichten eine Zusammenfassung der Rede (siehe die *Dokumentation* dieser Nummer). Die Konferenz wurde von Ministerpräsident Li Keqiang geleitet, sechs der sieben Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros der KP Chinas nahmen daran teil. Zuletzt hatte eine solche hochrangige Religionskonferenz 2001 unter dem damaligen Präsidenten Jiang Zemin getagt, der damals das Konzept der „Anpassung der Religionen an die sozialistische Gesellschaft“ in die Religionspolitik einführte.

Xi Jinpings programmatische Rede betont die große politische Bedeutung der Religionsfrage und beschwört die Führungsrolle der Partei, die an ihrer Handlungsautonomie in der Religionsarbeit festhalten müsse. Xi bestätigt die bisherigen Leitlinien der Religionspolitik – die Politik der Freiheit des religiösen Glaubens, die Verwaltung der Religionen nach dem Gesetz, das Prinzip der Autonomie und Selbstverwaltung der Religionen und ihre aktive Anpassung an die sozialistische Gesellschaft. An der Trennung von Staat und Religion ist laut Xi festzuhalten, womit vor allem die Nichteinmischung der Religionen in staatliche Belange gemeint ist (u.a. in das Bildungswesen – siehe hierzu auch das Beispiel in der „Chronik“ dieser Nummer, Eintrag vom 4. Mai 2016).

Die Rollen der bisherigen politischen Akteure in der Religionspolitik werden von Xi ebenfalls bestätigt: die Einheitsfrontabteilung der Partei in der Führungsrolle, die staatlichen Religionsbehörden in der Verwaltung der Religionen sowie die „religiösen Organisationen“ (der Begriff steht insbesondere für die staatlich gelenkten „patriotischen“ Massenorganisationen der fünf anerkannten Religionen) als Brücke zwischen Partei und Staat auf der einen und Religionsvertretern bzw. Klerus und Gläubigen auf der anderen Seite. In diesem Punkt dürfte also keine Änderung des bisherigen Religionsverwaltungssystems zu erwarten sein, es wurde durch die Konferenz eher gestärkt. Hier ist anzumerken, dass das Staatliche Büro für religiöse Angelegenheiten (BRA) Anfang 2016 von der Zentralen Kommission für Disziplin-Inspektion evaluiert wurde. Anfang Juni gab diese Kommission die Ergebnisse bekannt und kritisierte das BRA u.a. dafür, dass es die nationalen religiösen Organisationen zu wenig beachte und überwache. Die

Ergebnisse einer laufenden Inspektion der Einheitsfrontabteilung der KP Chinas stehen noch aus (vgl. „Chronik“, 6. Juni und 22. Juni 2016).

Xi Jinping hebt in seiner Rede hervor, dass die „sozialistische Religionstheorie chinesischer Prägung“ (ein Begriff, über den das BRA bereits 2013 ein Lesebuch herausgegeben hat, vgl. *China heute* 2015, Nr. 1, S. 22), unter Beibehaltung der marxistischen Religionsansicht, entsprechend der „neuen Situation“ ständig weiterentwickelt werden müsse. Quasi als seinen Beitrag zur Weiterentwicklung der offiziellen Stichwortliste dieser Religionstheorie nennt er an dieser Stelle die Notwendigkeit des Festhaltens an der „Sinisierung“ (*Zhongguohua* 中国化) der Religionen – ein Konzept, das er bei einer Parteisitzung zur Einheitsfrontarbeit am 20. Mai 2015 erstmals vorgebracht hat – und verknüpft diese mit dem Konzept der „Anpassung der Religionen an die sozialistische Gesellschaft“ seines Vorgängers Jiang, so dass beide Begriffe als zwei Seiten einer Münze erscheinen. Diese Konzepte werden explizit auch auf die Lehre der Religionen bezogen; Xi sagt: „Wir müssen Forderungen an die religiösen Regeln und Doktrinen richten, die dem Entwicklungsfortschritt des gegenwärtigen China entsprechen, und die Regeln und Doktrinen entsprechend der vorzüglichen traditionellen Kultur Chinas interpretieren.“ Zwar waren auch bisher schon die Religionen stets aufgerufen, Bezüge ihrer Lehren zu aktuellen politischen Leitideen (wie der „harmonischen Gesellschaft“) aufzuzeigen, doch klingt dies nach Forderungen, die möglicherweise tiefer in die Lehren der Religionen eingreifen könnten.

Bekräftigt wird zudem, dass Parteimitglieder „keineswegs für ihre Werthaltungen und Überzeugungen auf die Religion zurückgreifen“ dürfen. Weitere aktuelle Stichworte der Rede sind die Abwehr von ausländischer Infiltration mittels Religion sowie von extremistischen Einflüssen und das Problem der Religion im Internet, um nur einige Punkte zu nennen.

In ersten Reaktionen, die in Medien außerhalb Festlandchinas zitiert wurden, gingen Einschätzungen dahin, dass Xis Rede keine grundsätzliche Änderung der Religionspolitik bedeute und „alter Wein in neuen Schläuchen“ sei (so etwa Mok Chit Wai von der Chinese University of Hongkong in *AsiaNews*), dass aber künftig wohl im religiösen Sektor mit noch mehr staatlicher Kontrolle zu rechnen sei. Brent Fulton wies in *Christianity Today* darauf hin, dass Letzteres auch in anderen Sektoren der Zivilgesellschaft der Fall sei und daher nicht überraschend komme. Mit der Betonung von „Führung“ gestehe die Partei ein, dass Religion ein kompliziertes Problem sei und man sich eine bessere Kontrolle darüber erhoffe – sagte Ying Fuk-tsang, Rektor

der Divinity School der Chinese University of Hongkong, gegenüber UCAN. Er wies darauf hin, dass man derzeit über die Religionskonferenz nur das wisse, was öffentlich bekannt gegeben wurde – man weiß also nicht, was sonst noch diskutiert wurde. So fragt sich Fulton, wie die Politik gegenüber den protestantischen Hauskirchen aussehen und ob Xis Regierung ihnen einen legitimen Platz im Bereich der anerkannten Religiosität zugestehen werde.

Xi Jinpings Forderung nach „Sinisierung“ der Religionen ist besonders viel diskutiert worden – wahrscheinlich auch deshalb, weil es, wie Anthony Lam vom Holy Spirit Study Centre in Hongkong gegenüber UCAN feststellte, noch gar nicht klar ist, worin die Sinisierung (im politischen Sinn) bestehen soll.

Xi hat den Begriff der Sinisierung in den offiziellen Kanon der Religionspolitik der Partei aufgenommen, aber nicht erfunden. Natürlich haben sich im Lauf der Geschichte Chinas immer wieder von außen nach China gekommene Religionen in die chinesische Kultur eingefügt. Der Buddhismus gilt dafür als Paradebeispiel (der Buddhismusforscher Fang Litian benutzte schon 1989 in einem Aufsatztitel dafür den Begriff „Sinisierung“) und der Ritenstreit als Beispiel für das Scheitern eines frühen Adaptionsversuch des Christentums. Wo und wann die „Sinisierung“ zum religionspolitischen Schlagwort wurde, ließ sich nicht genau feststellen. Etwa ab Anfang der 2010er Jahre, also schon vor der Ära Xi Jinping, haben einige chinesische Wissenschaftler die Frage der Sinisierung des Christentums aufgeworfen, darunter Zhuo Xinping (Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften, Institut für Weltreligionen), Mou Zhongjian (Minzu University of China) und Zhang Zhigang (Peking University). In einem Aufsatz von 2012 nahm Mou Zhongjian die These von einer „Religionsökologie“ zum Ausgangspunkt. Deren Gleichgewicht in China sah er durch die starke Expansion des Christentums gefährdet, das die von der [lange als „Aberglaube“ unterdrückten] traditionellen Volksreligion hinterlassene Lücke ausfülle. Er forderte mehr Gewicht für die einheimischen Glaubens Traditionen und eine beschleunigte Sinisierung der von außen gekommenen Religionen, besonders der katholischen und der evangelischen Theologie. Zhang Zhigang schrieb 2011 in seinem Artikel „Drei Gedanken zur ‚Sinisierung des Christentums‘“, er verwende den Begriff Sinisierung, um damit einen „wissenschaftlichen“, neutralen Standpunkt zu kennzeichnen und diesen von den „kirchlichen Begriffen“ Indigenisierung und Kontextualisierung abzugrenzen. Seit der Konferenz „60 Jahre Gründung des Nationalkomitees der Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung der chinesischen protestantischen Kirche und die Sinisierung des Christentums“ im August 2014 fand der Begriff eine breitere Beachtung und wurde kontrovers diskutiert (vgl. *China heute* 2014, Nr. 3, S. 157; 2015, Nr. 3, S. 162-164).

Auf den Fortbildungen zum Geist der Religionskonferenz, die das BRA im Mai und Juni 2016 für die fünf aner-

kannten Religionen organisierte, brachten die Vertreter aller aus dem Ausland nach China gekommenen Religionen, also neben den Christen auch die Muslime und Buddhisten, ihre Unterstützung für die Sinisierung ihrer Religion zum Ausdruck (siehe „Chronik“, Mai/Juni 2016). Es ist im übrigen interessant, dass die offizielle katholische Kirche in China bei ihrer Umsetzung der religionspolitischen Forderung nach Sinisierung offiziell den theologischen Begriff der „Inkulturation“ (*bendihua* 本地化) verwenden „darf“, während von der „Sinisierung“ des protestantischen Christentums die Rede ist.

Was die Umsetzung des „Geistes der Nationalen Konferenz zur Religionsarbeit“ für die religionspolitische Praxis bedeutet, muss sich nach und nach zeigen. Sie wird aber bereits zur Begründung konkreter behördlicher Maßnahmen benutzt. So berief sich die Einheitsfrontabteilung der Stadt Lanxi (Zhejiang) bei ihrer Aktion, alle 69 religiösen Stätten auf ihrem Gebiet die chinesische Nationalflagge hissen zu lassen, ausdrücklich auf den Geist der Religionskonferenz (siehe „Chronik“, Juni 2016). Sicher werden auch die bereits eingeleiteten Bemühungen um eine Sinisierung der Religionen und der evangelischen und katholischen Theologien, aber auch des Islam seitens der Religionsbehörden weiter und verstärkt „unterstützt“ werden.

Eine neue Gesprächsrunde zwischen China und dem Vatikan fand Ende April, also unmittelbar nach der Nationalen Religionskonferenz, in Beijing statt (auf niedrigerer Ebene als die bisher seit Mitte 2014 durchgeführten drei Verhandlungsrunden; siehe „Chronik“, Ende April 2016). Nach der Bekräftigung der Rolle der nationalen religiösen Organisationen durch die Religionskonferenz und der Forderung nach ihrer stärkeren Beaufsichtigung durch das BRA dürfte es nicht leichter geworden sein, in den Verhandlungen eine Lösung für das Problem der Chinesischen katholischen patriotischen Vereinigung und der ihr (wie auch der offiziellen Bischofskonferenz) vorgeschalteten Nationalversammlung der Katholiken zu finden – die die Autonomie der chinesischen Kirche in ihren Statuten verankert haben und deren Anspruch (nach Papst Benedikt XVI.), „sich über die Bischöfe selbst zu stellen und das Leben der kirchlichen Gemeinde zu lenken, nicht der katholischen Lehre entspricht“.

Ein Schlaglicht auf das Problem der Patriotischen Vereinigung warf die „Kehrtwende“ des Shanghaier Bischofs Ma Daqin. Er steht unter Hausarrest, seit er bei seiner Bischofsweihe im Juli 2012 öffentlich seinen Austritt aus der Patriotischen Vereinigung erklärte. Am 13. Juni 2016 brachte er auf seinem Blog Reue über sein durch „Irreführung von außen“ verursachtes „falsches Verhalten“ gegenüber der Patriotischen Vereinigung zum Ausdruck und pries deren Verdienste für die Kirche in Shanghai. Sein Reuebekenntnis, das große Irritation unter Chinas Katholiken auslöste, wurde vielfach als Versuch gesehen, die Behörden zu be-

schwichtigen, um doch noch die Leitung der verwaisten Diözese Shanghai übernehmen zu können (siehe „Chronik“, 13. Juni 2016). Ende Juni stilisierte ein Seminar anlässlich des 100. Geburtstags Jin Luxians (bei dem Ma Daqin in einem zehnhundertjährigen Videointerview zu sehen war) den 2013 verstorbenen Shanghaier Bischof zu einer Art neuer patriotischer Leitfigur der Katholiken, indem es Jins „Liebe zum Land und zur Kirche“ in den Mittelpunkt stellte und seine Beiträge für Inkulturation, Sozialarbeit und internationalen Kulturaustausch würdigte (siehe „Chronik“, 28. Juni 2016). Die Leiterin der Shanghaier Religionsbehörde erklärte in ihrer Ansprache sogar, den „Geist Bischof Jins zu studieren“ sei eine konkrete Umsetzung des „Geistes der Nationalen Konferenz zur Religionsarbeit“.

Katharina Wenzel-Teuber

Quellen (2016): *AsiaNews* 28.04.; catholicsh.org 8.07.; china.ucanews.com 22.04.; *China Source Blog From the West Courtyard* 27.04.; *Christianity Today* 28.04.; sara.gov.cn 17.,18.05.; 7.,28.06.; *UCAN* 25.04.; 4.,13.05.; 10.,14.,20.,21.06.; 1.07.; *Xinhua* 23.04. Zur Frage der Sinisierung des Christentums vgl. Mou Zhongjian 牟钟鉴, „Zongjiao shengtai lun“ 宗教生态论 (Zur Religionsökologie), in: *Shijie zongjiao wenhua* 世界宗教文化 2012, Nr. 1, S. 1-10; Zhang Zhigang 张志刚, „Jidujiao Zhongguohua‘ san si“ “基督教中国化”三思 (Drei Gedanken zur „Sinisierung des Christentums“), in: *Shijie zongjiao wenhua* 2011, Nr. 5, S. 7-12.

Taiwan: Der Erdgott auf einer fünf Kilometer langen Prozession

Über 2.000 Menschen nahmen in Luodong, 30 km südöstlich von Taipei im Kreis Yilan gelegen, am 4. März 2016 an einem von der zivilen Gemeindeverwaltung organisierten 5 Kilometer langen Ortsumgang teil. Einzigartig daran war, dass viele die Statue ihres häuslichen Tudigong (土地公), des Erdgotts, in roten Säcklein vor der Brust oder in Sämfen mit sich führten. Wohl sind Prozessionen mit Statuen an religiösen Festen gang und gäbe. Doch dass sie von einer Behörde arrangiert werden, ist doch recht unüblich.

„Tudigong ist der Beschützer der Leute und hat eine ganz enge Verbindung zu ihnen, was überall zu sehen ist“, sagte Luodongs Bürgermeisterin Lin Tzu-miao der *Taipei Times* (8. März 2016). Sie erklärte, dass die Aktion aus Anlass des bevorstehenden Geburtstages der Gottheit am zweiten Tag des zweiten Mondmonats durchgeführt werde.

„Ich warf die geweihten halbmondförmigen Klötzchen auf den Boden, um zu erfahren, ob Tudigong an einer Spazierfahrt interessiert sei, wobei er sofort einwilligte“, vertraute Frau Chu der Zeitung an. Oft gebrauchen Tempelbesucher zwei rote Holzklötzchen, die auf einer Seite rund und auf der anderen flach sind, um die Meinung der Unsterblichen zu erfragen. Im Falle einer Zustimmung müssen die beiden Holzstücke ungleich auf den Boden zu liegen kommen. Erstaunlicherweise gab es auch Teilnehmende aus weiter entfernten Ortschaften. „Als ich von dieser Veranstaltung in Luodong hörte, dachten wir daran, unsere Statuen mitzubringen“, berichtete eine Teilnehmerin

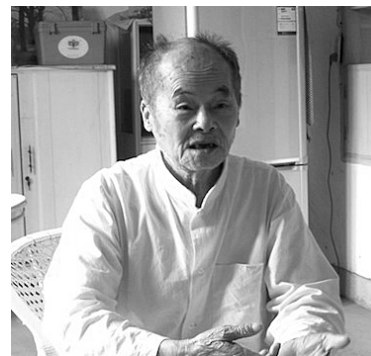
aus Su’ao. „Tatsächlich war ich überrascht, dass Onkel Tudigong sofort mit meinem Vorschlag einverstanden war.“

Tudigong-Statuen stehen oft in den Tempeln, sind aber auch in Privathäusern auf kleinen Altären neben den Ahnentafeln anzutreffen. Außerdem ist die Verehrung des Tudigong auch in Firmen und Fabriken üblich, da er für Erfolg und Wohlstand verantwortlich ist.

Willi Boehi

In memoriam

Bischof Thomas Zeng Jingmu (1920–2016)



Der emeritierte Untergrundbischof von Yujian (Provinz Jiangxi) – das Foto zeigt ihn im Jahr 2008 – stand bis zu seinem Tod am 2. April 2016 unter Überwachung. Der betagte Bischof verbrachte die letzten Tage nach einem Sturz mit Kopfverletzung

am 26. März in einer Klinik und durfte nach einem Bericht von *AsiaNews* keine Besucher empfangen. Laut einer nicht näher benannten Quelle soll die Überwachung – so *UCAN* – selbst nach dem Tod fortgesetzt worden sein, obwohl der emeritierte Bischof nicht so einflussreich wie manch anderer Untergrundbischof gewesen sei. Den Katholiken seien vier Trauertage zugestanden worden, statt der üblichen sieben für ältere verstorbene Personen. Regierungsbeamte hätten nicht erlaubt, dem Bischof eine Mitra aufzusetzen, lediglich einen Pileolus, und hätten gedroht, den Leichnam sonst sofort zu verbrennen. Beamte in der Provinz Hebei hätten katholische Führer angewiesen, nicht an der Beerdigung von Bischof Zeng am 6. April in seinem Heimatdorf Zengjiacun teilzunehmen, so *UCAN*. An dem Begräbnis sollen 5.000 Gläubige teilgenommen und 1.000 Sicherheitsbeamte sollen die Zeremonie beobachtet haben.

Bischof Zeng wurde 1920 in Zengjiacun in der Provinz Jiangxi geboren und im März 1949, also kurz vor der kommunistischen Machtübernahme (Oktober 1949), zum Priester geweiht. 30 Jahre verbrachte er in Haft, u.a. weil er sich geweigert hatte, der Patriotischen Vereinigung beizutreten. Er wurde 1990 im Geheimen zum Bischof von Yujian geweiht und trat im Jahre 2000 dem Dominikanerorden bei. 2012 wurde er emeritiert, 2014 folgte ihm Bischof Johannes Peng Weizhao im Bischofsamt, der wiederum von Mai bis November 2014 in Haft war. 2008 sagte Bischof Zeng gegenüber *UCAN*, „für die katholische Kirche und die Kommunistische Partei gibt es keinen Raum für Kompromisse“.

In der Provinz Jiangxi gibt es etwa 100.000 Katholiken. Der offiziellen Kirche in Jiangxi steht Bischof Johannes Li Suguang in Nanchang vor. Infolge einer Umstrukturierung seitens der Regierung ist Yujiang eine von fünf Diözesen in Jiangxi, die offiziell in die Diözese Nanchang zusammengefasst wurden. Bischof Li befindet sich nach Einschätzung von *AsiaNews* gegenüber dem Heiligen Stuhl in einer unge-

klärten Situation, da er an unrechtmäßigen Bischofsweihen teilgenommen hat. Zur Diözese Yujiang gehören viele Katholiken und Priester im Untergrund. Die Zahl der Katholiken in der Diözese soll etwa 15.000 betragen.

Katharina Feith

Quellen (2016): *AsiaNews* 4.04.; *Fides* 22.04.; *UCAN* 6.04. (auch Foto).

Chronik zu Religion und Kirche in China 23. März bis 28. Juni 2016

Die „Chronik zu Religion und Kirche in China“ erscheint seit Anfang 2010 regelmäßig in den Informationen von China heute. Da manche Nachrichten (der Redaktion) erst später bekannt werden, kann es zu Überschneidungen zwischen den Chroniken kommen, wobei jeweils in der vorangegangenen Nummer bereits erwähnte Ereignisse nicht noch einmal aufgeführt werden. Alle Chroniken finden sich auch online auf der Website des China-Zentrums (www.china-zentrum.de). – Der Berichtszeitraum der letzten Chronik (2016, Nr. 1, S. 9-15) reichte bis einschließlich 24. März 2016.

23. März 2016:

90-jähriger Bischof von Wenzhou tritt ins zweite Glied zurück, kann aber nicht zurücktreten

Bischof Zhu Weifang von Wenzhou, der dem offiziellen Teil der Diözese angehört, hat erklärt, dass er aus Altersgründen seine Leitungsfunktion künftig nicht mehr aus der ersten Reihe ausüben werde, sondern den Priester Ma Xianshi zum Administrator ernenne. Wie *UCAN* erläuterte, kann Bischof Zhu nicht von seinem Amt als Ortsbischof zurücktreten, da sein Koadjutor-Bischof (mit dem Recht auf Nachfolge) Shao Zhumin, der die Untergrundgemeinschaft der Diözese Wenzhou (rund zwei Drittel der 120.000 Gläubigen) leitet, nicht von der Regierung anerkannt ist. Laut *UCAN* verlangt die Regierung, bevor sie Bischöfe aus dem Untergrund offiziell anerkennt, dass diese eine Messe mit einem von Rom nicht anerkannten Bischof konzelebrieren und der Patriotischen Vereinigung beitreten (*UCAN* 11.04.).

26. März 2016:

Katholische Ostertaufen: 3.200 Neugetaufte in Hongkong – 19.615 Neugetaufte in Festlandchina

Zu Ostern 2016 sollten nach *UCAN* 3.200 Erwachsene in Hongkong getauft werden,

was einige Hundert Personen weniger als in den beiden Vorjahren sind. Bemerkenswert ist, dass trotz der Ankündigung ungewöhnlich niedriger Temperaturen von 11-14 °C zu Ostern 2016 im subtropischen Hongkong von vielen Täuflingen die Ganzkörpertaufe mit Eintauchen (Immersionstaufe) gewählt wurde. Nach *UCAN* zählen in Hongkong auch pragmatische Erwägungen wie Annahme der Religion des Schulponsors, um in Hinblick auf die Einschulung Punkte zu sammeln, zu den Taufgründen.



Ganzkörpertaufe im John the Baptist Mass Centre in Hongkong. Foto: John the Baptist Mass Centre/*UCAN*.

Die katholische Wochenzeitung *Xinde* hat in diesem Jahr die nun 9. Statistik des Faith Institute for Cultural Studies zu den Zahlen der katholischen Neugetauften in den verschiedenen Diözesen zu Ostern 2016 veröffentlicht. Diese Statistik, die gemeinsam mit der Chinesischen katholischen Forschungsstelle erstellt wurde, ist unvollständig, da einige Diözesen keine vollständigen Zahlen angegeben haben. Sie besagt, dass Ostern 2016 insgesamt 19.615 Personen getauft worden sind, was im Vergleich zum Vorjahr einen geringfügigen Anstieg der Zahl der katholischen Neugetauften darstellt. Nach wie vor gibt es die meisten Neugetauften in der Provinz Hebei (4.063 Neugetaufte Ostern 2016). Die Zahl der Neugetauften in den regierungsunmittelbaren Städten betrug Ostern 2016 ins-

gesamt 2.514. *Xinde* hebt besonders hervor, dass 2016 in Jilin fünf Mal so viele Personen getauft wurden wie im Vorjahr (775 Neugetaufte Ostern 2016). – *UCAN* berichtet, dass zur Bewältigung der großen Menschenmassen, die sich zu Ostern in die Südkirche in Beijing drängten, vor dem Eingang große Bildschirme für diejenigen postiert worden waren, die keinen Platz mehr in der Kirche fanden. Dorthin wurden die drei ab 6.30 Uhr aufeinanderfolgend stattfindenden Ostersonntagmessen übertragen. In der Ostkirche in der Wangfujing-Straße in Beijing kamen bis zu 700 Menschen zu jedem der sechs Ostersonntagsgottesdienste zusammen. (*UCAN* 24.03.; 28.03.; *Xinde* 21.04.) Eveline Warode

31. März 2016:

Zhejiang: Ehemaliger Christenrats-Vorsitzender Gu Yuese aus Haft entlassen

Gu Yuese, Pastor der Chongyi-Kirche in Hangzhou und Vorsitzender des Provinzchristenrats von Zhejiang, war im Januar 2016 seiner Ämter enthoben und am 6. Februar 2016 wegen Veruntreuung offiziell verhaftet worden. Christen in Zhejiang vermuteten jedoch, dass das Vorgehen gegen Gu auf seinen Widerstand gegen die Kreuzabrisssaktionen zurückzuführen sei. Wie *China Aid* berichtete, wurde Gu am 31. März gegen Kaution nach Hause entlassen, jedoch unter „überwachtes Wohnen“ gestellt. Am 23. März war bereits der Anwalt Zhang Kai, der christliche Gemeinden in Zhejiang in Bezug auf Kreuzabrisse rechtlich beraten hatte und am 25. August 2015 u.a. wegen Weitergabe von Staatsgeheimnissen festgenommen worden war, freigelassen worden und in seine Heimat in der Inneren Mongolei zurückgekehrt. Laut *China Aid*-Präsident Bob Fu hingen beide Freilassungen mit Präsident Xis Reise in die USA zum Nuklearen Sicherheitstreffen zusammen; er dankte allen Fürsprechern (chinaaid.org 1.07.04.; *UCAN* 6., 8.04.).

2. April 2016:

Bischof Thomas Zeng Jingmu von Yujiang (Provinz Jiangxi) verstirbt

Der emeritierte Untergrundbischof von Yujiang wurde 1920 in Zengjiacun in der Provinz Jiangxi geboren und im März 1949 zum Priester geweiht. 30 Jahre verbrachte er in Haft, u.a. weil er sich geweigert hatte, der Patriotischen Vereinigung beizutreten. Er wurde 1990 im Geheimen zum Bischof von Yujiang geweiht und trat im Jahre 2000 dem Dominikanerorden bei. 2014 folgte ihm Bischof Johannes Peng Weizhao im Bischofsamt (*AsiaNews* 4.04.; *Fides* 22.04.; *UCAN* 6.04.). – Siehe den Nachruf auf Bischof Zeng in den Informationen. Katharina Feith

2. und 15. April 2016:

Fünf Untergrundpriester aus zwei Diözesen in der Provinz Hebei verschleppt

Wie *UCAN* unter Berufung auf örtliche Quellen meldete, verschwand am 15. April der Pfarrer Yang Jianwei (Diözese Baoding) von einem Führerscheinprüfungsplatz im Kreis Dingxing, wo er mit 6 Katholiken an einer Prüfung teilnahm. Yang Jianwei ist Pfarrer von Anzhuang, der größten Gemeinde der Diözese Baoding mit 3.000 Gläubigen. Die Diözese zählt laut *UCAN* fast 1 Mio. Katholiken, viele von ihnen im Untergrund. – Am 2. April wurden vier Priester der Diözese Xuanhua von den Behörden „mitgenommen“. Zwei von ihnen, Josef Hu und Paul Yu, wurden bald danach wieder freigelassen. Die beiden anderen, Simon Zhang und Josef Wang, waren am 18. April noch verschwunden. Hu und Wang hatten laut *UCAN* einige Zeit zuvor Forderungen der Behörden abgelehnt, mit Priestern der offiziellen Kirche zu konzelebrieren und die Sechs Voraussetzungen für die Akteneintragung von Klerikern bei den staatlichen Behörden zu unterschreiben, die u.a. das Prinzip der unabhängigen Selbstverwaltung, die Ablehnung vatikanischer Einmischung in Bischofsnennungen und die Unterstützung der Patriotischen Vereinigung beinhalten (*china.ucanews.com* 18.04.; *UCAN* 18.04.).

6. April 2016:

Dui Hua: Weniger Gerichtsverfahren zu Gefährdung der Staatsicherheit, mehr zu Kulturen und Terrorismus in 2015

Die in San Francisco ansässige Organisation Dui Hua analysierte die im Jahresbericht 2015 des Chinesischen Obersten Gerichtshofs publizierten Daten. Demnach sank die Zahl der an chinesischen Gerichten abgeschlossenen Fälle, in denen die Anklage auf Gefährdung der Staatsicherheit lautete, landesweit um 50% von 1.000 im Jahr 2014 auf 500 im Jahr 2015, im

Autonomen Gebiet Xinjiang von 300 auf 100. Jedoch stiegen im gleichen Zeitraum die Zahlen in den Fallkategorien „Kult“ und „Terrorismus“ um 35,5% bzw. 25%. Dui Hua äußerte die Vermutung, dass viele der „Kult“- und „Terrorismus“-Fälle von 2015 früher unter die Kategorie „Gefährdung der Staatssicherheit“ gefallen wären (*duihuahrjournal.org* 6.04.).

7. April 2016:

Taiwan zeichnet Chargé d'Affaires des Vatikans in Taipei mit Orden aus

Außenminister David Lin verlieh dem scheidenden Geschäftsträger der Apostolischen Nuntiatur in Taipei, Msgr. Paul Russell, eine der höchsten Auszeichnungen, den Order of Brilliant Star with Grand Cordon. Dabei hob Minister Lin die zahlreichen Verdienste des vatikanischen Diplomaten seit 2008 auf dem Gebiet der Erziehung, Kultur und humanitären Hilfe zur Festigung der Beziehungen der beiden Seiten hervor. Insbesondere erlaubt ein Vertrag zwischen Taiwan und dem Vatikan der Theologischen Fakultät und der Katholischen Fu-Jen-Universität in Hsinchuang bei Taipei, der Bildung des Klerus aus Festlandchina zu dienen. Russell ermöglichte auch die Teilnahme von Präsident Ma Ying-jeou am Gottesdienst zur Installation von Papst Franziskus in Rom im Jahr 2013. Der designierte Erzbischof Russell wird künftig als Apostolischer Nuntius in der Türkei die Interessen des Heiligen Stuhls vertreten. An seine Stelle trat in Taipei bereits Msgr. Sladan Cosic, der aus Bosnien-Herzegowina stammt. Willi Boehi

18. April 2016:

Global Times: Vorschriften zu halal-Lebensmitteln aus Liste der Gesetzesvorhaben 2016 gestrichen

Am 23. März hatte die parteinahe *Global Times* zunächst gemeldet, dass das Büro für Rechtsangelegenheiten des Staatsrats den Entwurf für ein Gesetz zur Verwaltung von *halal*-Lebensmitteln prüfe, nachdem der Staatsrat bereits 2002 die Kommission für ethnische Angelegenheiten des Nationalen Volkskongresses mit dem Entwurf eines solchen Gesetzes beauftragt habe. Am 18. April jedoch schrieb die Zeitung, der Entwurf eines solchen Gesetzes sei doch nicht in die legislativen Arbeitsvorhaben 2016 aufgenommen worden. Viele Wissenschaftler hätten sich dagegen ausgesprochen, darunter Xi Wuyi, Marxismusforscherin an der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften, der zufolge ein solches Gesetz gegen das Prinzip der Trennung von Staat und Religion verstoßen würde. Wei Dedong von der Renmin-Universität regte in der *Global Times* an, dass religiöse Autoritäten und nicht die säkulare Regierung ein-



heitliche Standards zur Regelung dieser islambezogenen Frage herausgeben sollten. Umgekehrt argumentiert *UCAN* zufolge Li Haiyang, ein Gesetzesbefürworter und

Muslim aus Henan, dass die Regierung durch das Fehlen einer entsprechenden Gesetzgebung die Muslime diskriminiere. – Es gibt immer wieder Berichte über Proteste von Muslimen aufgrund von Verstößen gegen die islamischen Lebensmittelvorschriften. Mangelnde Einhaltung von *halal*-Vorschriften sind außerdem ein Problem für Chinas Bemühungen, Lebensmittel in islamische Länder zu exportieren, obwohl Provinz- und Lokalbehörden in China teilweise bereits Vorschriften zu *halal*-Lebensmitteln erlassen haben (*Bloomberg View* 19.05.; *Global Times* 23.03.; 18.04.; 1.06.; *UCAN* 23.03.).

22.–23. April 2016:

Nationale Konferenz zur Religionsarbeit mit programmatischer Rede Xi Jinpings

Auf der lang erwarteten Konferenz zur Religionsarbeit der zentralen Führung Chinas – der ersten seit 15 Jahren – legte Präsident Xi Jinping seine Sicht der Religionsfrage erstmals ausführlich dar. Die staatlichen Medien veröffentlichten eine Zusammenfassung der Rede (siehe Übersetzung in der Dokumentation dieser Nummer). Xi betonte darin die große politische Bedeutung der Religionsfrage und beschwor die Führungsrolle der Partei, die an ihrer Handlungsautonomie in der Religionsarbeit festhalten müsse. Xi bestätigte bisherige Leitlinien der Religionspolitik – insbesondere die Politik der Freiheit des religiösen Glaubens, die Verwaltung der Religionen nach dem Gesetz, das Prinzip der Autonomie und Selbstverwaltung der Religionen und ihre Anpassung an die sozialistische Gesellschaft (ein von Jiang Zemin geprägter Begriff), sowie das Festhalten an der marxistischen Religionssicht. Xi bestätigte auch die Rollen der politischen Akteure in der Religionspolitik: der Einheitsfrontabteilung der Partei in der Führungsrolle, der staatlichen Religionsbehörden in der Verwaltung sowie der religiösen Organisationen als „Brücke“ zwischen Parteistaat und Religionen. Er bekräftigte das von ihm (bei einer Parteisitzung zur Einheitsfrontarbeit am 20. Mai 2015) in die Religionspolitik eingebrachte Konzept der „Sinisierung“ der Religionen, und zwar im Zusammenhang mit der Anpassung der Religionen an die sozialistische Gesellschaft, so dass beide Begriffe als zwei Seiten einer Münze erscheinen. Diese Konzepte werden nun explizit auch auf die Lehre der Religionen bezogen; Xi sagte: „Wir müssen Forderungen an die

religiösen Regeln und Doktrinen richten, die dem Entwicklungsfortschritt des gegenwärtigen China entsprechen, und die Regeln und Doktrinen entsprechend der vorzüglichen traditionellen Kultur Chinas interpretieren.“ Bekräftigt wird, dass Parteimitglieder „keineswegs für ihre Werthaltungen und Überzeugungen auf die Religion zurückgreifen“ dürfen. Weitere aktuelle Stichworte der Rede sind die Abwehr von ausländischer Infiltration mittels Religion und das Problem der Religion im Internet. – Der „Geist“ von Xis Rede wird seither von Religionsbeamten wie Religionsvertretern auf allen Ebenen studiert; vgl. den Eintrag von Mai/Juni 2016.

28. April 2016:

Verabschiedung des Gesetzes zu ausländischen NGOs

Auf der 20. Sitzung des Ständigen Ausschusses des 12. Nationalen Volkskongresses wurde das „Gesetz zur Verwaltung der von ausländischen Nichtregierungsorganisationen in China [durchgeführten] Aktivitäten“ (Zhonghua renmin gongheguo jingwai feizhengfu zuzhi jingnei huodong guanli fa 中华人民共和国境外非政府组织境内活动管理法) verabschiedet. Von dem Gesetz betroffen sind ab seinem Inkrafttreten am 1. Januar 2017 ausländische, nicht gewinnorientierte Organisationen mit Aktivitäten in China, darunter auch viele Wohltätigkeitsorganisationen. – Große Auswirkungen hat das Gesetz insbesondere auf jene inländischen Organisationen, die bei ihrer Arbeit bislang stark auf die finanzielle Unterstützung von ausländischen Partnern angewiesen waren, denn inländische Organisationen dürfen in Zukunft von in China nicht registrierten ausländischen NGOs keine Gelder mehr annehmen, um deren Aktivitäten durchzuführen. Die notwendige Registrierung und das damit verbundene komplizierte Registrierungsverfahren sowie die zahlreichen neuen bürokratischen Auflagen zur Beantragung und Durchführung von Projekten werden die Arbeit von ausländischen sozialen Hilfswerken in China erschweren. Text des Gesetzes mit englischer Übersetzung unter <http://chinalawtranslate.com/bilingual-fngo-law/?lang=en>; vgl. auch *China heute* 2015, Nr. 2, S. 84; Nr. 3, S. 170-174. Jan Kwee

28. April 2016:

The Times of Israel berichtet über Repressalien gegen die jüdische Gemeinde in Kaifeng

Aus Kaifeng werden im April staatliche Repressalien gegen die jüdische Gemeinde gemeldet: das Jüdische Zentrum wurde

geschlossen, das Ausbildungsprogramm des Sino-Judaic Institute ausgesetzt, ausländische jüdische Reisegruppen wurden nicht mehr in die Stadt gelassen und die Gemeindeglieder von Sicherheitskräften überwacht. Wie Anson Laytner vom Sino-Judaic Institute in *The Times of Israel* schrieb, sollen sogar Schilder zur Erinnerung an die historische jüdische Gemeinde entfernt worden sein. Als mögliche Gründe für das harte Durchgreifen der Behörden werden genannt: die mit großem israelischem Medieninteresse bedachte Einbürgerung von fünf jungen Frauen aus Kaifeng in Israel im März dieses Jahres und die damit verbundene Befürchtung der staatlichen Behörden in China, dieses Beispiel könne die jüdische Identität der Juden in Kaifeng stärken; außerdem die Klage einer chinesischen Jüdin aus Kaifeng vor einem amerikanischen Gericht auf politisches Asyl in den USA aufgrund religiöser Verfolgung. Insbesondere das letzte Ereignis könnte die Behörden in China dazu veranlasst haben, ihre Toleranz gegenüber dem jüdischen Leben in Kaifeng, die sich seit den 1980er Jahren häufig gezeigt hat, durch eine harte Linie zu ersetzen (*The Times of Israel* 28.04.; siehe auch Laytners Beitrag über den „Status der Kaifeng-Juden im Wandel“ in *China heute* 2015, Nr. 2, S. 107-116). Barbara Hoster

Ende April 2016:

Neue Gesprächsrunde zwischen China und dem Vatikan

Seit Mitte 2014 die Gespräche zwischen Beijing und dem Vatikan wiederaufgenommen wurden, trafen sich Vertreter beider Seiten zu drei Verhandlungsrunden: am 27.–28. Juni 2014, 11.–16. Oktober 2015 und 25.–26. Januar 2016. Eine neue Gesprächsrunde auf niedrigerer Ebene fand UCAN zufolge Ende April 2016 in Beijing statt. Eine kirchliche Quelle äußerte gegenüber UCAN, dass der Vatikan sich nicht zu einer Einigung drängen lassen wolle und stattdessen die Bildung einer Arbeitsgruppe zur Diskussion der anstehenden Probleme vorgeschlagen habe. Eine der anstehenden Fragen sei, so die Quelle, ob der Vatikan die Anerkennung einiger der acht illegitimen Bischöfe vorziehen könne. Ein ungenannter chinesischer Forscher vermute, dass dies bei den Bischöfen Ma Yinglin und Guo Jincan der Fall sein könne, da diese führende Posten in der offiziellen Bischofskonferenz innehätten, schrieb UCAN (*America Magazine* 23.–30.05.; UCAN 13.05.).

Mai/Juni 2016:

Staatliches Religionsbüro lädt Religionen zu Fortbildungen über den Geist der Nationalen Religionskonferenz

Wie auch sonst nach als wichtig angesehenen Verlautbarungen der Partei- und

Staatsführung organisierte das Staatliche Büro für religiöse Angelegenheiten (BRA) in Beijing Studiensitzungen für Vertreter der nationalen religiösen Organisationen und andere führende Vertreter der 5 anerkannten Religionen, mit jeweils 110–160 Teilnehmern. Die Muslime wurden vom 9. bis 16. Mai fortgebildet, Daoisten und Buddhisten gemeinsam vom 23. bis 27. Mai, Protestanten vom 31. Mai bis 6. Juni und Katholiken vom 19. bis 24. Juni. Laut Berichten auf der BRA-Website äußerten die Teilnehmer jeweils die Bereitschaft, sich für die auf der Nationalen Konferenz zur Religionsarbeit formulierten Ziele einzusetzen. Die Konferenz zeige, dass die KP in ihrem Verständnis der Religionsfrage einen neuen Höhepunkt erreicht habe, lautete dem Bericht zufolge ein Feedback der daoistischen und buddhistischen Teilnehmer. Der Vorsitzende der Chinesischen Buddhistischen Vereinigung (CBV) Xuecheng äußerte die Erwartung, dass die Sinisierung des Buddhismus einen neuen Stand erreichen werde. Der Lebende Buddha Zhukang, Vorsitzender der Tibet-Zweigstelle der CBV, versprach eine Verstärkung der Verwaltung der Klöster sowie Wahrung von Harmonie und Stabilität im tibetischen Buddhismus. Auf der Sitzung der Muslime sprach man ebenfalls über das Festhalten an der Sinisierung des Islam sowie über den Kampf gegen den Extremismus. Die Fortbildung der Katholiken war die einzige, die von der (dem BRA in Ideologiefragen übergeordneten) Einheitsfrontabteilung der KP Chinas mitorganisiert wurde. 5 Teilnehmer kamen aus jeder Provinz, darunter 30 Bischöfe, laut BRA auch Diözesanleiter und „Bischofskandidaten“ sowie Inhaber von Leitungsposten in den patriotischen Vereinigungen. Hauptredner waren Guo Wei, der im BRA für katholische Angelegenheiten zuständig ist, und Wang Zhigang von der Einheitsfront. Bischof Ma Yinglin, der von Rom nicht anerkannte Vorsitzende der Bischofskonferenz, sagte laut UCAN in seiner Ansprache, für die katholische Kirche in China seien Inkulturation und Sinisierung das Gleiche, man werde diese vorantreiben und die Kirche im Land zu einem tieferen theologischen Verständnis der Sinisierung führen (sara.gov.cn 17.,18.05.; 7.,28.06.; UCAN 21.06.).

1. Mai 2016:

Erster seit 60 Jahren geweihter chinesischer orthodoxer Priester feiert Ostergottesdienst in Harbin

Priester Alexander Yu Shi hielt die Osterturgie in Kirchenslawisch und Chinesisch in der Gemeinde Schutz der Gottesmutter in Harbin, die in den letzten 15 Jahren ohne Priester gewesen war. Yu, ein ehemaliger Bankangestellter, lernte den orthodoxen



Ausschnitt aus dem Altarbild der Kirche in Xiaohengtang, ganz links der 2014 heiliggesprochene Papst Johannes Paul II., rechts mehrere chinesische Märtyrer. Foto: Blog.

Glauben während eines Studienaufenthalts in Moskau kennen und studierte später in Sankt Petersburg Theologie. Er ist der erste orthodoxe Chinese seit 60 Jahren, der 2015 mit Genehmigung der chinesischen Regierung zum Priester geweiht wurde. Die orthodoxe Kirche ist in China nur lokal an einigen Orten vom Staat anerkannt und zählt rund 15.000 Gläubige (*AFP/The China Post* 2.05.; *Global Times* 1.07.2015). – Zur Situation der Orthodoxie in China siehe den Beitrag von Dmitry I. Petrovsky in *China heute* 2015, Nr. 4, S. 238-245.

2. Mai 2016:

Höchste katholische Kirche Festland-chinas wird in der Diözese Suzhou (Provinz Jiangsu) eingeweiht

Die Kirche in Xiaohengtang, Stadt Kunshan, wurde von Ortsbischof Xu Honggen eingeweiht. Das moderne, 2.000 Personen fassende Gebäude hat die Form eines Schiffs mit drei Spitzen, die die Trinität symbolisieren; die höchste Spitze ist 75 m hoch. Bischof Xu erklärte der Nachrichtenagentur UCAN, die Schiffsform stehe für die durch die Welt segelnde Kirche, die das Evangelium verkündet. Kirchenpatronin ist Unsere Liebe Frau Hilfe der Christen (Festtag 24. Mai). Das 25x15 m messende Altarbild des Künstlers Zhang Qikai aus dem S. Luca Kunststudio (Beijing) zeigt auf Goldgrund inmitten einer angedeuteten chinesischen Landschaft das himmlische Gastmahl: Oben Christus, in der Mitte die 12 Apostel und darunter eine interessante Mischung von Heiligen: Neben bekannten europäischen Heiligen finden sich eine Reihe chinesischer Märtyrer (Anna Wang, Lucia Wang, Peter Wu Guosheng, Philipp Zhang Zhihe u.a.) und der koreanische Heilige Andreas Kim. Erstaunlich ist die Komposition in der Bildmitte, wo Papst Johannes Paul II. und Johannes der Täufer links und rechts vor der Gottesmutter Maria stehen und beide in einer ähnlichen Geste nach oben auf Christus zeigen: Es dürfte die erste Kirche in Festlandchina sein, in der der 2014 heiliggesprochene Papst – der seinerseits

im Jahr 2000 die 120 chinesischen Märtyrer unter scharfem Protest der chinesischen Regierung heiliggesprochen hat – auf einem Altarbild erscheint (*china.ucanews.com* 5.05.; *UCAN* 5.05.; http://blog.sina.com.cn/s/blog_c40200090102woa4.html [Blog des S. Luca Kunststudios]).

4. Mai 2016:

Erziehungsbehörde in Gansu bekräftigt Religionsverbot an Bildungseinrichtungen nach Debatte über Koran rezitierenden Kindergartenkind

Wie die parteinahe *Global Times* berichtete, löste ein am 30. April auf Sina Weibo geposteter Videoclip, auf dem eine Fünfjährige mit Kopftuch in einem Kindergarten im Autonomen Bezirk Linxia der Hui (Provinz Gansu) Koranverse rezitiert, zahlreiche kritische Kommentare chinesischer User aus. Am 4. Mai verurteilte laut *Global Times* die Erziehungsbehörde der Provinz in einem Statement solche Aktivitäten als schädlich für das Wohlergehen der Jugend. Das Statement weise darauf hin, dass religiöse Aktivitäten und Religionsunterricht an allen Schulen – mit Ausnahme der staatlich zugelassenen religiösen Ausbildungsstätten – verboten seien und von den lokalen Erziehungsämtern gestoppt werden müssten. Die Behörde habe außerdem betont, dass an Schulen keine religiösen Gruppen gebildet und keine Lehrbücher mit religiösen Inhalten verwendet werden dürften und dass Lehrer, besonders Ausländer, dort nicht missionieren dürften – meldete *Global Times*. – Ein Kommentar auf der in den USA ansässigen Website ChinaChange.org stellte die Frage, warum das Video, das erstmals 2014 auf YouTube gepostet worden war, nun so plötzlich in den sozialen Netzwerken auftauchte. ChinaChange.org zitierte einen Hui-Blogger aus Shandong, der von zunehmender Stimmung gegen Hui-Muslime in den sozialen Netzwerken sprach. Laut *UCAN* befürchten Katholiken in China, das Statement der Erziehungsbehörde von Gansu könnte ein Hinweis darauf sein, dass die Regierung das seit langem bestehende Verbot religiöser Aktivitäten

in Bildungseinrichtungen künftig strenger durchsetzen wolle. – Am 1. Juni berichtete *Global Times*, dass ein 2006 veröffentlichtes, in 40% aller Beijinger Mittelschulen benutztes Lehrbuch, das neben chinesischen Mythen auch Auszüge aus dem Buch Genesis enthält, öffentliche Empörung wegen Verbreitung westlicher, nicht-säkularer Inhalte ausgelöst habe (*ChinaChange.org* 13.05.; *Global Times* 6.05.; 1.06.; *UCAN* 11.05.).

8. Mai 2016:

Bischof Zhang Huaixin von Anyang verstirbt

Bischof Thomas Zhang Huaixin von Anyang in der Provinz Henan wurde 90 Jahre alt. Er hatte die Anerkennung seitens der Regierung unter der Voraussetzung angenommen, nicht Mitglied der Patriotischen Vereinigung werden zu müssen. Der 45-jährige Koadjutor-Bischof Joseph Zhang Yinlin, tritt automatisch seine Nachfolge an. Bischof Zhang Yinlin wurde 2015 unter Zustimmung des Vatikans und der chinesischen Regierung geweiht. Bischof Thomas Zhang wurde am 23. Mai 1925 geboren und 1950 zum Priester geweiht. Viele Jahre verbrachte er im Gefängnis. Nach seiner Rehabilitierung 1980 wurde er im darauffolgenden Jahr im Geheimen zum Bischof von Anyang geweiht. 2004 wurde er sodann offiziell als Bischof installiert. Der Bischof wurde am 14. Mai in der Kathedrale von Anyang beigesetzt. Die Diözese Anyang zählt heute 30 Priester, 129 Schwestern sowie 50.000 Katholiken (*UCAN* 9.05.2016; vgl. auch *China heute* 2015, Nr. 3, S. 151f.). Katharina Feith

8.–11. Mai 2016:

Deutsch-chinesische interreligiöse Konsultation in Hamburg und Berlin

Eine 21-köpfige Delegation des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten (BRA, engl. SARA) mit chinesischen protestantischen, katholischen und muslimischen Religionsvertretern kam zu einer deutsch-chinesischen interreligiösen Konsultation nach Deutschland. Diese stand unter dem Titel „Die friedliche Koexistenz der Religionen und ihr gemeinsamer Beitrag für die Zivilgesellschaft“. Die Konsultation wurde vom Evangelischen Missionswerk (Hamburg) und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) durchgeführt, in Kooperation mit Mission EineWelt, der evangelischen China Infostelle, dem Zentrum für Mission und Ökumene – Nordkirche weltweit sowie



1966: Rote Garden zerstören sakrale Gegenstände und Bibeln vor der Xikai-Kathedrale in Tianjin. Im Vordergrund schwelende Asche und Trümmer, die ein junger Mann mit einer Hacke bearbeitet. Über dem Portal hängen Mao-Portraits. Die Spruchbänder tragen Parolen wie: „Schlagt auf die alten Ideen, feuert auf die schwarze Lehre“.

Foto: Anthony E. Clark Private Collection, Whitworth University.

dem katholischen China-Zentrum. Zur chinesischen Delegation gehörten BRA-Vizedirektor Jiang Jianyong mit 5 weiteren BRA-Vertretern; eine 5-köpfige protestantische Gruppe mit dem Generalsekretär der Nationalen Drei-Selbst-Bewegung, Pastor Xu Xiaohong, und dem Generalsekretär der Amity-Stiftung, Qiu Zhonghui; eine 3-köpfige katholische Gruppe mit dem (päpstlich nicht anerkannten) Bischof Guo Jincai, Generalsekretär der offiziellen Chinesischen Bischofskonferenz, und zwei Priestern; eine 5-köpfige islamische Delegation unter Leitung von Guo Chengzhen, Generalsekretär der Chinesischen islamischen Vereinigung; sowie die Religionswissenschaftler Zhuo Xiping (Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften) und Xu Yihua (Fudan-Universität). Neben deutschen kirchlichen Vertretern trafen die chinesischen Gäste u.a. Ayatollah Reza Ramezani (Islamisches Zentrum Hamburg) sowie Vertreter des Hamburger Senats, des deutschen Innenministeriums, den evangelischen und den katholischen Beauftragten bei der Bundesregierung sowie Mitglieder des Deutschen Bundestags. – Jiang Jianyong reiste anschließend weiter nach Österreich, um dort vom 11.–14. Mai, unterstützt von Vertretern des chinesischen Außenministeriums, chinesischen Wissenschaftlern und daoistischen Meistern, mit österreichischen Politikern und Wissenschaftlern einen Dialog über die staatsphilosophischen Aspekte des *Daodejing* zu führen (bmeia.gv.at; emw-d.de 17.05.; sara.gov.cn 13.05. u.a.).

16. Mai 2016:

Vor 50 Jahren: Beginn der Großen Proletarischen Kulturrevolution

Am 16. Mai 1966 erklärte das Politbüro der KP Chinas in einem Rundschreiben den „Repräsentanten der Bourgeoisie“ den Krieg; das Dokument gilt als die ideologische Grundlage und Beginn der Kulturrevolution, die Mao Zedong entfesselte und die erst mit seinem Tod 1976 endete. Mindestens 1,72 Mio. Menschen (Angabe nach *South China Morning Post*) verloren in dem Aufruhr ihr Leben. Er erfasste zunächst Universitäten und Schulen. Ab August 2016 begannen die Roten Garden, die „Vier Alten“ (alte Ideen, alte Kultur, alte Sitten und alte Gewohnheiten) anzugreifen. Ihre Attacken richteten sich auch gegen die Religionen: Geistliche, Mönche und Nonnen wurden Schauprozessen unterzogen, paradiert und ins Gefängnis oder in Arbeitslager geworfen, viele kamen ums Leben. Tempel, Kirchen, Moscheen wurden zweckentfremdet und teilweise komplett zerstört, religiöse Gegenstände und Bücher verbrannt. Erst mit der Öffnungspolitik wurde öffentliches religiöses Leben ab den 1980er Jahren nach und nach wieder möglich. – Die Parteizeitung *Renmin ribao* und die parteinahe *Global Times* äußerten sich erst am 17. Mai 2016 zu dem Jahrestag. Beide betonten, dass sich die Kulturrevolution niemals wiederholen werde. Die Partei habe sie mit der „Resolution über einige Fragen der Parteigeschichte seit der Staatsgründung“ (1981) bereits autoritativ bewertet, schrieb die *Renmin*

ribao. „Störungen von ‚links‘ und rechts“ in Zusammenhang mit der Kulturrevolution sei entschlossener Widerstand entgegenzusetzen (*AsiaNews* 16., 17.05.; *Global Times* 17.05.; *Hong Kong Sunday Examiner* 25.06.; *Renmin ribao* 17.05.; *South China Morning Post* 16.05.; *UCAN* 20.05.; 18.06.).

18. Mai 2016:

China Aid veröffentlicht „2015 Annual Report of Religious and Human Rights Persecution in China“

Die in den USA ansässige Organisation, die besonders die Lage der protestantischen Hauskirchen im Blick hat, stellte für 2015 eine weitere Verschlechterung der Situation fest. Ihrem Bericht zufolge wurden in der Provinz Zhejiang bis Ende 2015 durch die Behörden über 1.300 Kirchenkreuze zwangsdemontiert, über 20 Kirchen zerstört, über 500 Christen [vorübergehend] in Polizeigewahrsam genommen, mindestens 130 Christen verletzt, über 60 Christen festgenommen und mindestens 28 Pastoren und Gläubige verhaftet oder strafrechtlich angeklagt. Laut China Aid gingen die Behörden auch massiv gegen nicht-registrierte städtische Hauskirchen vor, die sich in Chinas Metropolen weiter ausbreiten. Allein in der Provinz Guangdong wurden dem Bericht zufolge 2015 mindestens 60 protestantische Hauskirchen geschlossen, darunter am 22. Mai 2015 die Guangfu-Hauskirche in Guangzhou. Auch gegen ländliche Hauskirchen gingen die Behörden laut China Aid vor, teilweise mit Kult-Beschuldigungen. Von den beschriebenen Vorfällen ereigneten sich 6 in Xinjiang. Insgesamt zählte China Aid für 2015 634 Fälle von Verfolgung mit 19.426 Betroffenen, 3.178 Menschen wurden festgenommen oder verhört, 232 zu Gefängnisstrafen verurteilt, 463 verbal, psychisch oder physisch misshandelt und 85 Kirchen zerstört oder geschlossen (Bericht: www.chinaaid.org/2016/05/china-aid-releases-2015-annual-report.html).

18.–22. Mai 2016:

Yoga-Konferenz in Kunming – Begeisterung für Yoga wächst in China

Am 18. Mai kamen nach *Xinhua* bei der Yoga-Vorführung anlässlich der Eröffnung der „China-India Yoga Conference“, die von der Stadtregierung gesponsert und von den Büros für ausländische Angelegenheiten und

für Angelegenheiten der Auslandschinesen unter der Stadtregierung sowie dem China-India Yoga College gemeinsam organisiert worden war, mehr als 1.000 chinesische Yogis zusammen. Veranstaltungsort war das China-India Yoga College, das im November 2015 als erstes ausgewiesenes „Yoga College“ Chinas an der Yunnan Nationalities University in Kunming, Südwestchina, gegründet worden war. Die Gründung war beim Staatsbesuch des indischen Ministerpräsidenten Narendra Modi in China im Mai 2015 vereinbart worden (en.people.cn 15.11.2015; *Xinhua* 18.05.). Eveline Warode

20. Mai 2016:

Vereidigung von Taiwans neuer Präsidentin Tsai Ing-wen

Präsidentin Tsai Ing-wen, deren Demokratische Fortschrittspartei ein unabhängiges Taiwan befürwortet, und der parteilose Vizepräsident Chen Chien-jen, ein Katholik, legten in einer Zeremonie den Amtseid ab. Gäste aus aller Welt nahmen daran teil – darunter Erzbischof Savio Hon, Generalsekretär der vatikanischen Kongregation für die Evangelisierung der Völker, sowie 6 taiwanische Bischöfe und der neue Amtsträger des Vatikans in Taiwan, Msgr. Sladan Cosic. Der Vatikan ist der einzige Staat in Europa, mit dem die Republik China auf Taiwan diplomatische Beziehungen unterhält. Seit Tsais Amtsantritt haben die Spannungen zwischen Beijing und Taipei zugenommen. Beijing verlangt von Tsai die Anerkennung des sogenannten „Konsensus von 1992“, d.h. der Formel, dass es nur ein China gibt, wobei jede Seite auslegen kann, was das bedeutet (*CNA* 20.05.; *UCAN* 20.05.).

22./24. Mai 2016:

Papst Franziskus ruft zum weltweiten Gebetstag für die Kirche in China auf, betont Barmherzigkeit und Aussöhnung

Nach dem Angelus-Gebet am 22. Mai auf dem Petersplatz sagte der Papst: „Am Dienstag, 24. Mai, werden wir uns im Geist den katholischen Brüdern und Schwestern in China anschließen, die an diesem Tag mit besonderer Hingabe das Gedächtnis Unserer Lieben Frau ‚Hilf der Christen‘ feiern, die im Heiligtum von Sheshan in Shanghai verehrt wird. Wir bitten Maria, ihren Kindern in China die Fähigkeit zu schenken, in jeder Situation die Zeichen der liebevollen Gegenwart Gottes zu unterscheiden, der immer annimmt und immer vergibt. Die chinesischen Katholiken mögen in diesem Jahr der Barmherzigkeit zusammen mit jenen, die anderen edlen religiösen Traditionen folgen, zu einem konkreten Zeichen der

Nächstenliebe und der Aussöhnung werden. Auf diese Weise werden sie eine echte Kultur der Begegnung und die Harmonie der ganzen Gesellschaft fördern, jene Harmonie, die der chinesische Geist so sehr liebt.“ Papst Franziskus grüßte auch die katholische chinesische Gemeinde Roms (w2.vatican.va 22.05.).

24. Mai 2016:

Von Rom nicht anerkannter Bischof Ma Yinglin von Kunming weiht 9 Priester

Die neun Neupriester gehören zu den Diözesen Dali und Kunming (Provinz Yunnan); einer ist ethnischer Tibeter, fünf gehören der Miao-, zwei der Yi- und einer der Jingpo-Nationalität an. Ma Yinglin ist Vorsitzender der von Rom ebenfalls nicht anerkannten offiziellen chinesischen Bischofskonferenz (*AsiaNews* 25.05.; *UCAN* 27.05.).

27. Mai / 6. Juni 2016:

Entweihung eines Tabernakels in Handan – Polizei blockiert diözesanen Sühnetag

Nachdem am 27. Mai Katholiken im Dorf Xiaodiba (Diözese Handan, Provinz Hebei) entdeckt hatten, dass der Tabernakel aus ihrer Kirche gerissen und die geweihte Hostie auf den Boden geworfen war, rief – wie *UCAN* berichtete – die Diözese am 2. Juni ihre 160.000 Gläubigen zu Gebeten und zur Teilnahme an einem speziellen Tag der Sühne in Xiaodiba am 6. Juni auf. Die Religionsbehörde der Stadt Handan erklärte das geplante Gebetstreffen für illegal und verbot bezirksübergreifende religiöse Aktivitäten. Die Behörden nahmen drei Priester, darunter den Pfarrer von Xiaodiba, vorübergehend zu Verhören fest und ließen Handans Bischof Yang Xiangtai am 5. Juni den Sühnetag absagen. Einer kirchlichen Quelle zufolge sollen außerdem 3.500 Polizisten mehrere katholische Pfarreien in der Diözese umstellt haben, um das Gebetstreffen zu verhindern. In den sozialen Netzwerken wurden Fotos von Katholiken gepostet, die auf gesperrten Straßen kniend beteten. Die Polizei hatte wenige Tage nach der Entweihung des Tabernakels einen 19-jährigen als Täter festgenommen und sprach von Diebstahl; die genauen Motive der Tat sind laut *UCAN* unklar (*AsiaNews* 6.06.; *UCAN* 7.06.).

Juni 2016:

Zhejiang: Berichte über Hissen der chinesischen Nationalflagge an religiösen Stätten – Forderung nach Stationierung von Kadern und Abgabe von Spenden

„Um den Geist der Konferenz zur Religionsarbeit zu verwirklichen“ und die patriotische Erziehung der religiösen Kreise zu verstärken, sorgte die Einheitsfront-



Nach der Aktion der Einheitsfrontabteilung in Lanxi (Zhejiang): ein Tempel mit gehisster Flagge, eine protestantische Kirche mit Landesfahne im Altarraum. Fotos: zjszmw.gov.cn.



abteilung der Stadt Lanxi (Zhejiang) dafür, dass bis zum 13. Juni 2016 alle 69 religiösen Stätten auf dem Gebiet der Stadt Nationalflaggen gehisst hatten. Der Bericht über diese

Aktion auf der Website der Kommission für ethnische und religiöse Angelegenheiten der Provinz Zhejiang vom 15. Juni merkt außerdem an, dass künftig an hohen Feiertagen in einer Zeremonie die Flagge gehisst und die Nationalhymne gesungen werden soll. – Aus der Diözese Wenzhou im Untergrund erfuhr *UCAN*, dass Mitte Juni die Pfarrei Rui'an und die Gemeinden Meitou und Anyang von den lokalen Behörden Schreiben mit der Aufforderung erhalten hätten, sich zu registrieren, Aushangtafeln zur Verbreitung der Regierungspolitik aufzustellen, die Landesflagge zu hissen und Kader in den Kirchen zu stationieren. Auch in der Diözese Ningbo sollten Pfarreien Flaggen und Aushangtafeln installieren. China Aid meldete am 1. Juli ebenfalls, dass die Regierung in Zhejiang Büroräume in Kirchen eingerichtet und Beamte zur Beaufsichtigung der Gemeinden eingeteilt habe. Außerdem sollen im Kreis Pingyang (Wenzhou) laut China Aid Bestimmungen eingeführt worden sein, nach denen die Kirchen Spendeneinnahmen den Behörden aushändigen und alle größeren Ausgaben genehmigen lassen müssen. – Berichte über Nationalflaggen an religiösen Gebäuden gab es allerdings schon früher in anderen Regionen. Beispielsweise hissten alle 30 Stätten der Religionen in der Stadt Huangshi (Hubei) am 1. Mai 2015 Nationalflaggen, wie die Religionsbehörde der Provinz meldete. Der Kreis Uqturpan (chin. Wushi) im Regierungsbezirk Aksu im Autonomen Gebiet Xinjiang erließ nach einem Bericht der örtlichen Parteiwebsite von 2012 sogar Bestimmungen für das Hissen von Flaggen an religiösen Gebäuden; im September des Jahres hatten 22% der 422 Moscheen des Kreises Flaggen gehisst. Im April 2015 erklärte der Parteichef des Autonomen Gebiets Tibet, Chen Quanguo, dass an allen Tempeln in Tibet Nationalflaggen hängen sollen (aks.xjkunlun.cn 29.09.2012; chinaaid.org 1.07.; china.ucanews.com 17.06.; *Global Times* 9.04.2015; sara.gov.cn 8.05.2015; *UCAN* 17.06.; zjszmw.gov.cn 15.06.).

2. Juni 2016:

Informationsbüro des Staatsrats veröffentlicht Weißbuch über Glaubensfreiheit in Xinjiang

Ausgehend von der multireligiösen Geschichte des Autonomen Gebiets Xinjiangs, wo im 1. Jahrtausend n.Chr. der Buddhismus neben Zoroastrismus, Manichäismus und Nestorianismus dominierte und sich ab dem 10. Jh. der Islam ausbreitete (Kap. 1), stellt das Weißbuch fest, dass es vor 1949 viele religiöse Auseinandersetzungen und Kriege in Xinjiang gegeben habe, in deren Folge die Menschen ihre Freiheit der Glaubenswahl verloren hätten. Heute gebe es mehr Glaubensfreiheit in Xinjiang als jemals in der Geschichte. Kap. 2 des Weißbuchs schildert den Schutz der „normalen religiösen Aktivitäten“ – wie Gottesdienste, Fasten, Buddhaverehrung und letzte Ölung (!) – durch das Gesetz. Die Regierung unterstütze organisatorische Pilgerfahrten nach Mekka und stelle sicher, dass religiöse Aktivitäten im Ramadan ordentlich ablaufen. Ob während des Ramadan „halal“-Restaurants geschlossen werden oder geöffnet bleiben, entscheiden die Inhaber selbst und ohne Einmischung“. Es gebe keine Diskriminierung aufgrund des religiösen Glaubens. Den Bedürfnissen der Gläubigen dienen laut Weißbuch (Kap. 3) in Xinjiang 24.400 Moscheen mit religiösem Personal in einer zahlenmäßigen Stärke von 29.000 Personen, 59 buddhistische Tempel (Personal 280), ein daoistischer Tempel (Personal 1), 227 protestantische Kirchen und Treffpunkte (Personal 26), 26 katholische Kirchen/Treffpunkte (Personal 27), 3 orthodoxe Kirchen/Treffpunkte (Personal 1). Das Weißbuch beschreibt die Mechanismen staatlicher Religionsverwaltung (Kap. 4) und betont, dass „kein Bürger Xinjiangs wegen seines/ihrer rechtmäßigen Glaubens bestraft worden“ sei. Kap. 6 schildert den Kampf gegen den „religiösen Extremismus“, der „nicht Religion ist, aber versucht, Religion zu benutzen“ und eine ideologische Grundlage des Terrorismus und ein „gemeinsamer Feind der Menschheit“ sei. Das Weißbuch schreibt den religiösen Extremismus in Xinjiang internationalen Einflüssen zu und schildert die Politik der „De-Extremisierung“ in Xinjiang. Xinjiang als „Schlüsselregion des Wirtschaftsgürtels Seidenstraße“ werde aber auch den internationalen Austausch fortsetzen (Text des Weißbuchs „Freedom of Religious Belief in Xinjiang“ unter <http://english.cri.cn/12394/2016/06/02/4161s929681.htm>). – Siehe auch den Beitrag von Björn Alpermann in den Themen dieser Nummer.

4. Juni 2016:

Hongkong: Studentenverbände boykottieren Kerzenvigil für die Opfer des Tian'anmen-Massakers

Rund 125.000 Menschen nahmen nach Angaben der Veranstalter an der traditionellen jährlichen Gedenkfeier für die Opfer des 4. Juni 1989 im Hongkonger Victoria-Park teil; die Polizei bezifferte die Teilnehmer auf 21.800. Im Vorfeld hatten Führer von Studentenverbänden die Vigil als zu formalistisch kritisiert und ihre Beendigung gefordert. 2.500 Personen nahmen an alternativen Veranstaltungen teil, die 11 Studentenverbände an der Chinese University of Hong Kong und der Hong Kong University organisierten. Laut *South China Morning Post* verbreitet sich unter jungen Leuten in Hongkong zunehmend die Einstellung, dass die Politik in Festlandchina nichts mit ihnen zu tun habe; sie befürworten stattdessen „Lokalismus“ und den Schutz der Hongkonger Identität. Zu den Stimmen, die die Studenten zur Teilnahme an der Kerzenvigil aufriefen, gehörte Hongkongs emeritierter katholischer Bischof Kardinal Zen. Er selbst sowie Weihbischof Ha hielten zwei Gedenkgottesdienste. Auch in Taiwan wurde der Opfer der Niederschlagung der Demokratiebewegung von 1989 gedacht. In Festlandchina wurden mehrere Dissidenten vorübergehend unter Hausarrest gestellt (*AP* 3.06.; *Ming Bao* 30.05. nach *BBC*; *Radio Free Asia* 1.06.; *South China Morning Post* 30.05.; 5.06.; *UCAN* 25.05.; 6.06.).

6. Juni 2016:

Beginn des Ramadan

Die amtliche Nachrichtenagentur *Xinhua* berichtete am 6. Juni über den Beginn des Ramadan bei Chinas Muslimen. Die Hongkonger *Oriental Daily* sprach jedoch von einer angespannten Sicherheitslage in Xinjiang zu Beginn des Ramadan. Mindestens 17 Personen, die Muslime zum Fasten aufgerufen hätten, seien verhaftet worden, die Ausweise von Moscheebesuchern würden überprüft. Einige lokale Behörden in Xinjiang, wie die Stadt Korla, hätten auf ihren Websites angeordnet, dass Parteimitglieder, Beamte, Studenten und Minderjährige nicht fasten dürfen und Restaurants während des Ramadan geöffnet haben müssen, schrieb die *South China Morning Post*. Die Zeitung meldete auch, dass im Bezirk Yili kurz vor Beginn des Ramadan bekanntgegeben worden sei, dass ortsansässige Bürger bei der Beantragung von Reisepässen sowie von Reiseerlaubnissen für Hongkong, Macau und Taiwan neben Finger- und Stimmabdrücke sowie dreidimensionalen Fotos auch DNA-Proben abgeben müssen (*Oriental Daily* 6.06. nach *BBC*; *South China Morning Post* 7.06.; *UCAN* 27.06.; *Xinhua* 6.06.).

6. Juni 2016:

Zentrale Kommission für Disziplin-Inspektion (ZKDI) kritisiert Staatliches Religionsbüro für mangelnde Überwachung der nationalen religiösen Organisationen

Laut einem Bericht, der am 8. Juni auf der Website des höchsten Disziplin-Kontrollorgans der KP Chinas erschien, wurde das Staatliche Büro für religiöse Angelegenheiten (BRA) vom 27. Februar bis 27. April 2016 von der ZKDI inspiziert und die Ergebnisse wurden dem BRA am 6. Juni in einer Sitzung übermittelt. Inspektionsteamleiter Hu Xinyuan nannte als Probleme an erster Stelle mangelnde Führungsfunktion der Parteigruppe [im BRA], ungenügende Umsetzung der Religionspolitik der Partei sowie mangelndes Augenmerk auf die nationalen religiösen Organisationen. Ferner hatte das Inspektionsteam laut Hu regelwidrige Verwendung von Geldern und Vetternwirtschaft bei der Anstellung von Personal festgestellt; Hinweise auf Probleme bei einigen führenden Kadern seien an zuständige Stellen gemeldet worden. Hu machte 5 „Vorschläge“ für die Korrektur der Probleme; Vorschlag 2 lautete: „Die Überwachung und Verwaltung der nationalen religiösen Organisationen wirksam verstärken, die Organisationen bei ihrem Selbstaufbau und bei der Ausbildung von Personal unterstützen, und einen Mechanismus für Auswahl, Einsatz und Verwaltung von Kadern aufbauen und vervollkommen, der den Besonderheiten der [jeweiligen] religiösen Organisation entspricht.“ – Kommentatoren waren der Meinung, dass weniger Korruptionsbekämpfung als vielmehr eine stärkere Kontrolle der Religionen mittels der nationalen, staatlich sanktionierten religiösen Massenorganisationen im Fokus des ZKDI-Berichts stand. Für jede der fünf staatlich anerkannten Religionen wurde in den 1950er Jahren unter der Führung der KP Chinas eine „Massenorganisation“ gegründet, diese dienen der staatlich gelenkten Institutionalisierung der fünf Religionen (www.ccdi.gov.cn 8.06.; *UCAN* 10.,20.06.).

8. Juni 2016:

Xinhua: Hukou für 746.000 unregistrierte Personen

Nach einer Meldung von *Xinhua* hat das Ministerium für Öffentliche Sicherheit verlautbart, dass von Januar bis Mai dieses Jahres bereits 746.000 nicht registrierte Personen einen *hukou* (Bescheinigung der Haushaltsregistrierung) von der chinesischen Polizei erhalten haben. Mit einem *hukou* haben diese Personen Zugang zu Sozialleistungen wie Krankenversicherungen und Basis-Schulbildung. Im gleichen Zeitraum sind nach Angaben des Ministeriums mehr als 1,09 Mio. der insgesamt geschätzten 13 Mio. nicht registrierten Personen bestätigt worden. Nach *Xinhua* sind unter ihnen neben Waisen,

illegalen Zweitgeborenen und Obdachlosen auch Personen, die noch einen *hukou* beantragen müssen oder ihren *hukou* verloren haben. „Das Ministerium legte zudem offen, dass die Polizei landesweit 3 Mio. *hukou*-Duplikate und mehr als 1,7 Mio. Personalausweise mit duplizierten Nummern eingezogen hat“, so *Xinhua* (*Xinhua* 8.06.; vgl. *China heute* 2016, Nr. 1, S. 10). Eveline Warode

12. Juni 2016:

Unter Hausarrest stehender Shanghai-er Bischof Ma Daqin äußert offen Reue über seinen Austritt aus der Patriotischen Vereinigung

Auf seinem Blog, den Bischof Ma trotz seines seit 2012 bestehenden Hausarrests weiterführen konnte, veröffentlichte er fünf Beiträge zum 100. Geburtstag des 2013 verstorbenen Shanghai-er Bischofs Aloysius Jin Luxian. In dem fünften empfahl er Bischof Jins „Liebe zum Land und zur Kirche“ als Vorbild für die jüngere Generation und pries ausführlich die unersetzliche Rolle der Patriotischen Vereinigung für die Kirche in Shanghai. Dann schrieb er: „Eine Zeitlang habe ich, von außen irreführt, mich gegenüber der Patriotischen Vereinigung in Worten und Taten falsch verhalten. Beim späteren Nachdenken habe ich festgestellt, dass dies eine äußerst unkluge Handlung war, und mein Gewissen war nicht in Frieden, da ich die verletzt habe, die sich so lange selbstlos um mich gekümmert und mir geholfen haben, und da ich die gute Entwicklung der katholischen Kirche in Shanghai zerstört habe, die Bischof Jin über lange Zeit aufgebaut hat. Ein solcher Fehler hätte in der katholischen Kirche Shanghais mit ihrer langen Tradition der Liebe zum Land und zur Kirche nicht passieren dürfen. [... Ich] hoffe, dass ich diese Fehler durch konkrete Handlungen wiedergutmachen kann.“ – In der katholischen Kirche Chinas löste diese Kehrtwende von Bischof Ma „Schockwellen“ aus, wie *UCAN* schrieb. *AsiaNews* zitierte unterschiedliche Reaktionen: Während manche daran zweifelten, dass der Text wirklich von Ma sei, zeigten sich andere enttäuscht, die Bischof Mas Haltung als mutiges Zeugnis für kirchliche Prinzipien gesehen hatten. Es wurde sogar vermutet, dass der Vatikan Bischof Ma zu der Äußerung gedrängt haben könnte, was Vatikansprecher Lombardi am 23. Juni dementierte (s.u.). *UCAN* zufolge sehen viele Katholiken Mas Artikel als Versuch, die Behörden zu beschwichtigen, um freigelassen zu werden und die Diözese Shanghai leiten zu können. – Ma Daqin hatte am Ende seiner Bischofsweihe im Juli 2012 öffentlich seinen Austritt aus der Patriotischen Vereinigung erklärt.

Daraufhin wurde er unter einen (nach und nach etwas gelockerten) Hausarrest gestellt und seines Status als Bischof enthoben; das kirchliche Leben in der Diözese Shanghai ist seither äußerst stark beeinträchtigt (*AsiaNews* 17.06.; *UCAN* 3.05.; 14.06.; 1.07.; Bischof Mas Blogeintrag: http://blog.sina.com.cn/s/blog_5392f6070102w3x1.html; engl. Übersetzung: www.asianews.it/news-en/Mgr-Ma-Daquin:-the-text-of-his-confession-37799.html).

22. Juni 2016:

Zentrale Kommission für Disziplin-Inspektion (ZKDI) kündigt Inspektion der Abteilung für Einheitsfrontarbeit der KP an

Insgesamt 32 Partei- und Regierungsbehörden sollen in einer neuen Inspektionsrunde der ZKDI überprüft werden. Darunter sind laut *UCAN* die Abteilung für Einheitsfrontarbeit der KP, die seitens der Partei unter anderem für die Religionsarbeit zuständig ist, sowie das „Büro 610“, das 1999 für das Vorgehen gegen Falungong gegründet wurde (*UCAN* 29.06.).

23. Juni 2016:

Statement von Vatikansprecher Lombardi zum „Geständnis“ des Shanghai-er Bischofs Ma Daqin

„In Antwort auf Bitten um Information seitens verschiedener Journalisten kann ich Folgendes sagen: 1) Von den jüngsten Erklärungen, die Msgr. Thaddäus Ma Daqin, dem Weihbischof von Shanghai, zugeschrieben werden, hat der Heilige Stuhl über dessen Blog und durch Nachrichtenagenturen erfahren. Gegenwärtig steht keine direkte Information zur Verfügung. 2) Jede Spekulation hinsichtlich einer vermeintlichen Rolle des Heiligen Stuhls ist unangemessen. 3) Das persönliche und kirchliche Leben von Msgr. Ma Daqin, wie das aller chinesischen Katholiken, wird vom Heiligen Vater, der ihrer im täglichen Gebet gedenkt, mit besonderer Aufmerksamkeit und Sorge verfolgt“ (*Vatican Information Service* 23.06.).

28. Juni 2016:

Seminar in Shanghai gedenkt des 2013 verstorbenen Bischofs Jin Luxian – Bischof Ma Daqin erscheint in Videoaufnahme

Das eintägige, ursprünglich zu Bischof Jins hundertstem Geburtstag am 20. Juni geplante Seminar wurde von der Diözese Shanghai mit der Shanghai-er patriotischen Vereinigung, der Shanghai-er Kommission für kirchliche Angelegenheiten und der Vereinigung katholischer Intellektueller der Diözese veranstaltet. Unter den über 300 Teilnehmern waren laut *UCAN* zehn Bischöfe. Shanghai-er Bischof Ma Daqin



nahm nicht teil (worüber im Vorfeld spekuliert worden war). Er erschien jedoch einem von *UCAN* zitierten Augenzeugen zufolge in einem 10 Sekunden langen Video-Interview (siehe Foto oben), in dem er sich im Zusammenhang mit Bischof Jins Verdiensten um die Priesterausbildung zu dessen Liebe zu Land und Kirche äußerte; in den Untertiteln wurde Ma jedoch nicht als Bischof bezeichnet. Vermutlich war sein „Auftritt“ Bestandteil eines Films über Bischof Jins Leben mit dem Titel „Ein loyales Herz: Liebe zum Land und zur Kirche“, der während des Seminars gezeigt wurde, wie dem ausführlichen Konferenzbericht auf der Website der Diözese Shanghai zu entnehmen ist. Diesem Bericht zufolge eröffnete Shen Baozhi, Generalsekretär der Diözese, die Tagung. Wang Zhigang von der Zentralen Einheitsfrontabteilung der KP bezeichnete Bischof Jin als „engen Freund der KP“. Guo Wei vom Staatlichen Religionsbüro hielt ebenfalls ein Grußwort. Es gab auch eine Reihe kirchlicher Redner, darunter die Bischöfe Fang Xingyao (Vorsitzender der Chinesischen katholischen patriotischen Vereinigung), Shen Bin von Haimen und Xu Honggen von Suzhou (Letzterer über Jins Beitrag zur Inkulturation der Kirche). Ferner sprachen Priester Chen Ruiqi, Direktor des Shanghai-er Guangqi-Verlags, Priester Zhang Shijiang vom Faith Institute for Cultural Studies (Shijiazhuang), Priester Gao Chaopeng, Direktor des diözesanen Sozialzentrums, und Qu Meizhen, die Vorsitzende der Shanghai-er patriotischen Vereinigung. Ren Hua, Leiterin der Kommission für ethnische und religiöse Angelegenheiten der Stadt Shanghai, erklärte, Bischof Jin verkörpere die korrekte Entwicklungsrichtung der katholischen Kirche; den „Geist Bischof Jins zu studieren“ sei eine konkrete Umsetzung des „Geistes der Nationalen Religionskonferenz“ (*catholicsh.org* 8.07.; *UCAN* 1.07. [auch Foto]).

Katharina Wenzel-Teuber

mit Beiträgen von Willi Boehi, Katharina Feith, Barbara Hoster, Jan Kwee und Eveline Warode

Alle Quellenangaben in der „Chronik“ beziehen sich, wenn nicht anders angegeben, auf das Jahr 2016.